Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,85 Mk. alle 4 Wochen.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Neustraße 14. Fernspr. Sammelnr. 1051. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolking. Werth: Th. Perrey.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 49 | Montag, den 18. Februar 1929 | Jahrgang 1929

Der Fall Ulitz.

Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.

)(Kattowitz, 17. Februar.

Die polnische Gewaltpolitik hat für einen neuen oberschlesischen Skandalfall gesorgt, der in wenigen Wochen den Völkerbund beschäftigen wird. Es handelt sich um den Fall Ulitz, der untrennbar mit der Auflösung des Schlesischen Sejms in Kattowitz verbunden ist. Der Abg. Ulitz ist gleichzeitig Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, dessen Vorsitzender Graf Henckel von Donnersmarck ist. Das schwere Verbrechen des verhafteten Ulitz besteht darin, daß er die Interessen des Deutschtums immer rührig und energisch wahrgenommen hat, und daß er sich auch nicht scheute, in zahlreichen Fällen den Völkerbund in Genf anzu-



Otto Ulitz,
Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes für Oberschlesien.

rufen, nachdem der Deutsche Volksbund als diejenige Instanz anerkannt worden war, die zur Vertretung der Interessen des Deutschtums berechtigt ist. In dieser Vertretung der deutschen Kulturinteressen liegt die große Schuld des Verhafteln, nicht in irgend einem Hochverrat und auch nicht in der angeblichen Begünstigung der Flucht eines in Polen militärdienstpflichtigen jungen Mannes nach Deutschland. Ulitz ist nach seiner Verhaftung in den letzten Tagen mehrfach vernommen worden, und es hat sich dabei herausgestellt, daß die Anklage tatsächlich von dieser lächerlichen Armseligkeit ist, daß man nur die angebliche Begünstigung der Flucht eines einzigen Menschen zum Vorwurf erheben kann. Wie liegt aber dieser Fall in Wirklichkeit? Die polnische Staatsanwaltschaft besitzt eine Bescheinigung, die folgenden Wortlaut hat:

> Bescheinigung. Hiermit bescheinigen wir, daß Herr Viktor B. geb. 1903, Mitglied unseres Vereins ist. Er ist deutsch gesinnt und hier militärpflichtig und deswegen muß er nach Deutschland flüchten. Stempel des Volksbundes. Der Vorstand: gez. Ulitz.

Mit dieser Bescheinigung in der Hand beantragte die Staatsanwaltschaft vor zwei Jahren die Aufhebung der Immunität des Abg. Ulitz. In der Sejmkommission stellte es sich heraus, daß die vorgelegte Bescheinigung eine Fälschung war, weshalb die Mehrheit die Aufhebung der Immunität ablehnte. Nun hat sich aber der polnische Außenminister Zaleski auf der Dezembertagung des Völkerbundsrates in Lugano zu weit vorgewagt, er hat von der hochverräterischen Gesinnung der Deutschen gesprochen, dabei den Abg. Ulitz persönlich benannt, und Herr Zaleski weiß, daß das Minderheitenproblem auf alle Fälle im März in Genf besprochen werden wird. So kam die polnische Regierung durch ihre eigene Schuld in die peinlichste Verlegenheit. Sie hatte Behauptungen aufgestellt, für die sie auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen kann.

Aus dieser Verlegenheit konnte sie nur herauskommen durch die Auflösung des Schlesischen Sejm, denn die Immunität erlosch damit sofort, der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes konnte nunmehr endlich dem polnischen Gefängnis zugeführt werden, und der polnische Außenminister hat den so dringend benötigten „Fall", um auch in Genf die angebliche deutsche Staatsfeindlichkeit beweisen zu können. Der Deutsche Volksbund hat den Völkerbund angerufen, in Genf hat man die Dringlichkeit des Kattowitzer Wunsches anerkannt und auch der Fall Ulitz wird den Völkerbundsrat im März beschäftigen. Mit Fälschungen erzielte man die Verurteilung eines anderen Führers der Deutschen, des Schulrats Dudek, mit ähnlichen Fälschungen soll jetzt ein zweiter, an hervorragender Stelle stehender Deutschtumsführer für längere Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Die neue Verhaftung sollte nicht den einzelnen Menschen treffen, sondern es sollte ein Schlag gegen das gesamte Deutschtum geführt werden. Das stellen auch die hiesigen deutschen Zeitungen mit aller Entschiedenheit fest, sodaß der polnische Zensor wieder eine Fülle von Arbeit hat. Wurden doch an einem der letzten Tage nicht weniger als sieben hiesige und reichsdeutsche Zeitungen beschlagnahmt.

Explosion eines Gasometers in Berlin.

Sechs Personen verletzt, großer Sachschaden.

— Berlin, 17. Febr.

In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr wurde auf der Gasbehälterstation Sellerstraße in der Nähe des Nordbahnhofs einer der vier Gasbehälter aus bisher noch unbekannter Ursache durch Explosion zerstört. Dieser Behälter hatte ein Fassungsvermögen von 37 000 cbm, war jedoch nur zum Teil gefüllt, sodaß kein Ueberdruck bestand. Die Explosion war so stark, daß zentnerschwere Steinblöcke bis auf die Straße geschleudert wurden und infolge des starken Luftdrucks die hohe Grundmauer auf einer Strecke von etwa 50 Metern sich umlegte. In den Häusern der Umgebung sind zahlreiche Fensterscheiben geplatzt. Die drei übrigen Gasbehälter blieben völlig unbeschädigt. Insgesamt wurden sechs Personen verletzt, von denen zwei nach dem Krankenhaus gebracht wurden, während die anderen nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden konnten.

Der Polizeipräsident, der Polizeivizepräsident, der Kommissar des Bezirks Wedding, sowie mehrere Kriminalbeamte erschienen noch in der Nacht an der Unglücksstelle, um die ersten Feststellungen zu treffen. Nach übereinstimmenden Berichten der Bewohner dieser Gegend kündigte sich die Katastrophe um 2,45 Uhr durch ein unheimliches weithin vernehmbares Zischen an. Dann erfolgte eine ungeheure Detonation, die Tausende von Fensterscheiben in der Umgebung auf die Straßen und Höfe schleuderte, eine ungeheure Stichflamme schoß empor. Es folgte eine zweite Detonation, und im nächsten Augenblick loderte an der Stelle, an der der Gasometer gestanden hatte, eine riesige Feuersäule zum Himmel. Während noch die Mauersteine, Zementblöcke und Eisenteile in der Nähe der Unglücksstelle niederprasselten, eilten in wilder Panik die nur notdürftig bekleideten Bewohner der benachbarten Häuser auf die Straßen.

Die Feuerwehr war sehr bald mit acht Löschzügen zur Stelle. Da man in jedem Augenblick die Explosion auch des nächsten nur 50 Meter entfernt liegenden Gasometers befürchten mußte, war die Arbeit der Feuerwehrmannschaften mit großer Gefahr verbunden. Sie gaben riesige Wassermengen in die Flammen, die aus dem Trichter lohten, der an dem ehemaligen Standort des Gasometers entstanden war. Entgegen allen bisherigen Erfahrungen hatte die Explosion des Gasometers fast nur senkrecht nach oben gewirkt. Besonders betroffen ist die dreiköpfige Familie eines Schmiedemeisters, der nur etwa 40 Meter von dem explodierten Gasbehälter entfernt, eine Werkzeugfabrik unterhält und dort auch seine Wohnung hat. Ehepaar und Tochter wurden aus den Betten an die Decke geschleudert. Die Wohnungstür war durch einen Berg von Mauertrümmern vollkommen versperrt, sodaß sie durch das Küchenfenster den Weg ins Freie suchen mußten. Die Polizei fand die Bewohner der umliegenden Straßen in Panikstimmung. Unter den Trümmern wurden einige verletzte Passanten geborgen. An einigen Häusern zeigten sich Risse im Mauerwerk. Vielfach sind auch die ganzen Fensterkreuze und Türfüllungen herausgedrückt worden.

*

Die Trümmerstätte.

:: Berlin, 17. Febr. Der in der letzten Nacht auf dem Wedding explodierte Gasbehälter war 25 Meter hoch und 1876 erbaut. Er gehörte den Städtischen Gaswerken und war mit 27 000 cbm Gas und Teerrückständen gefüllt. Nur verbogene Eisenteile und Mauerreste sind auf einer wüsten 10 000 Quadratmeter großen Trümmerfläche übriggeblieben. Um 2,45 Uhr nachts wurde die Feuerwehr zuerst alarmiert. Noch bevor die Feuerwehr an der Brandstelle eintraf, erfolgte eine zweite Explosion. Die Flammen schlugen haushoch zum Himmel. Zwei Pferde waren verschüttet. Die Feuerwehr stemmte eine Mauer ein und holte die beiden Tiere mit vieler Mühe durch diese Oeffnung aus den Trümmern heraus. Mehrere alte ausrangierte Straßenbahnwagen waren zertrümmert. Starke Umfassungsmauern lagen auf dem Boden, darüber hatte sich ein Chaos gebildet mit sechs bis acht Zentimetern starken eisernen Trägern, die zum Teil den Einsturz des Gebäudes verursacht hatten. Rund um den Gasbehälter, von dem nur noch eine starke Umfassungsmauer mit einer Höhe von etwa zehn Metern stehengeblieben war, lag alles wüst durcheinander. Im Innern lag die Haube des Gasbehälters, wo Teerrückstände noch stundenlang brannten. Mit sechs Motorspritzen und sechs B-Rohren wurde stundenlang Wasser gegeben. Um acht Uhr und dann um zwölf Uhr wurden die Züge abgelöst. Personen sind bei der Ablöschung und der Aufräumung der Brandstelle bisher nicht zu Schaden gekommen. Beschäftigt wurden hierbei auch Erwerbslose. Anfänglich war auch der 20 Meter davonstehende ebenfalls 1876 errichtete Zwillingsgasbehälter in Gefahr. Einige brennende Teile des Gases waren auf sein Dach geflogen, konnten aber gelöscht werden. Die Nachricht von dem Brand hatte sich schnell in Berlin verbreitet. Es steht heute noch nicht fest, ob die Ursache der Katastrophe in irgendwelchen Hemmungen zu suchen ist und ob der starke Frost mitschuld ist, ob eine Explosion vorliegt oder ob auf andere Weise der Brand entstanden sein kann. Der Gesamtschaden ist durch Selbstversicherung bei der Stadt Berlin und der städtischen Feuersozietät gedeckt und dürfte eine Million Mark erreichen.

Schwere Gasexplosion in Prag.

□ Prag, 17. Febr. Am Sonnabend vormittag wurden in der ganzen Umgegend des Wenzel-Platzes mit einem fürchterlichen Knall mehrere Kanaldeckel der unterirdischen Gasleitung durch entzündete Gase gesprengt. Mit einem Schlage stand jeder Verkehr still. Ein Kanaldeckel schlug einen städtischen Arbeiter, der gerade Schnee ablud, zu Boden und zertrümmerte auch den Wagen. Am Wenzel-Platz entstand eine fürchterliche Panik und eine große Menschenansammlung. Die Polizei räumte den Platz.

Wie nunmehr feststeht, haben an der Telefonleitung beschäftigte Arbeiter den Deckel des Kabelkanals trotz der Warnung des Wachtmannes mit Spiritus begossen und angezündet, um so die Eiskruste aufzutauen. Da die naheliegende Gasleitung an einer noch nicht festgestellten Stelle beschädigt war, entströmte das Gas bald dem ganzen Leitungskanal. Leuchtgas mit Luft vermengt, ergibt bekanntlich ein hoch explosives Gemisch, das an den Stellen geringen Druckes, also an den Schachtdeckeln, zur Explosion gelangt. Im ganzen flogen vier große Kanalgitter in die Luft.

Die erste Woche der Sachverständigen-Beratungen.

— Paris, 17. Febr. Nach Beendigung der ersten Verhandlungswoche kann über den Verlauf der Beratungen des Sachverständigenausschusses Folgendes gesagt werden: Die Erörterungen, die zum Zweck haben, eine endgültige und vollständige Lösung des Reparationsproblems zu suchen, haben sich mit den Erfahrungen beschäftigt, die in den vier Jahren des Dawes-Planes sich für Deutschland und die Weltwirtschaft aus der Durchführung der Reparationszahlungen ergeben haben. Unter stärkster Beschränkung auf die konkreten auf die Lage zurückzuführenden Probleme sind die aus der bisherigen Verhandlung bereits bekannt gewordenen Gegenstände in vollkommener Offenheit und Sachlichkeit behandelt worden. Irgendwelche Beschlüsse oder Vorschläge sind bisher nicht vor die Konferenz gebracht worden. Es entspricht auch nicht den Tatsachen, daß es sich etwa im Laufe der ersten Verhandlungswoche nur um Erörterungen von deutscher Seite gehandelt habe. Immer stärker setzt sich die Erkenntnis durch, daß es sich hierbei um eine allen Beteiligten gemeinsame Angelegenheit handelt. Da die Generaldebatte abgeschlossen ist, dürfte ohne Zweifel im Laufe der kommenden Woche mehr eine Erörterung von Spezialfragen stattfinden. Bei dieser Erörterung werden wie bisher die Experten vom rein ökonomischen Gesichtspunkt aus die Möglichkeiten prüfen, die sich aus der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftslage ergeben. Wenn die Verhandlungen in der gleichen Weise wie bisher sich fortsetzen sollten, darf mit einer Klärung der Lage, ob überhaupt eine Lösung möglich sein wird, in verhältnismäßig kurzer Zeit gerechnet werden.

Differenzen zwischen Primo de Rivera und dem König.

:: Paris, 16. Febr. Die Agentur Radio meldet aus Madrid, daß General Primo de Rivera heute zurückgetreten sei, allerdings, um schon zwei Stunden später seinen Beschluß wieder zurückzunehmen. König Alfons hatte Primo ins Königsschloß geladen und ihm vorgeschlagen, zum Zweck der Beruhigung des Landes eine Amnestie für die in das letzte Komplott verwickelten Offiziere und politischen Persönlichkeiten zu erlassen. Primo habe diesen Vorschlag energisch bekämpft mit dem Hinweis, daß eine Amnestie von den Regierungsgegnern im gegenwärtigen Augenblick als ein Zeichen der Schwäche ausgelegt werden könne. Alfons XIII. habe aber auf seinem Vorschlag bestanden, worauf Primo erklärt habe, unter diesen Umständen könne er nicht länger Regierungschef bleiben. Er verließ sofort den Königspalast, wurde aber zwei Stunden später vom König wieder zurückgerufen. Der König erklärte ihm, er sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß es nicht im Interesse des Landes liege, wenn augenblicklich eine Regierungskrise heraufbeschworen werde. Er habe darum nach reiflicher Ueberlegung beschlossen, einstweilen auf die Amnestie zu verzichten. Primo erklärte darauf, daß er unter diesen Umständen bereit sei, sein Amt wieder zu übernehmen.

Japan für eine neue Seeabrüstungskonferenz.

:: Tokio, 17. Febr. Die japanische Regierung hat den Beschluß gefaßt, durch ihre Botschaften in Washington, Paris, London und Rom, die Einberufung einer Seeabrüstungskonferenz zu unterstützen. Die japanische Regierung schlägt vor, daß die Konferenz am 27. Mai nach Genf einberufen werden soll. Die Verhandlungen der japanischen Regierung mit den Großmächten über den Zeitpunkt werden in der nächsten Zeit fortgeführt. Wahrscheinlich wird Japan auf dieser Konferenz durch den Marineminister Okada und den Admiral Kato vertreten werden.

Wie kam die Groener-Denkschrift nach England?

Von unserer Berliner Redaktion.

)(Berlin, 17. Februar.

Der „Vorwärts" bringt in seiner heutigen Sonntagsausgabe eine Wiedergabe des Berichtes, den der Herausgeber der „Review of Reviews" in der Freitagsausgabe über die Groener-Denkschrift veröffentlicht. Herr Steeg macht in seinem Artikel Angaben, wie er in den Besitz der Groener-Denkschrift gelangt sei. Er schreibt: „Soweit es die „Review of Reviews" angeht, war nichts Ungewöhnliches vorgefallen. Ein Artikel ist auf dem gewöhnlichen Wege der Post eingesandt worden, und zwar, wie ich glaube, nicht einmal in einem eingeschriebenen Brief. Die Motive des Einsenders lagen klar auf der Hand. Er wollte, daß die Denkschrift veröffentlicht wurde, wenn ihm auch Zweifel darüber aufgekommen waren, ob eine englische Zeitung oder Zeitschrift bereit wäre, dieses zu tun. Für die Abtretung der Denkschrift verlangte er keinerlei Entschädigung. Zur Aufklärung jener deutschen offiziellen Persönlichkeiten und Journalisten, die sich in extravaganten Vermutungen ergangen haben, darf ich sagen, daß das Dokument weder gestohlen noch verraten wurde, wie es weder von der deutschen Regierung selbst oder dem Geheimdienst irgend einer fremden Macht noch von der sozialdemokratischen Partei stammt. Unter Beachtung dieser Grenzen müssen die deutschen Behörden, die das Leck bisher ohne Resultat untersuchen, ihre weiteren Anstalten treffen."

Der Wojwode Ost-Oberschlesiens, den Marschall Pilsudski seinen Ministern einst als „Wunderknaben" präsentierte, hat eine Erläuterung gegeben, aus welchen Gründen der Schlesische Sejm ausgelöst wurde. Danach soll einmal eine Auflösung erfolgt sein, weil — vor zwei Jahren — der Sejm in seiner Mehrheit nicht für die Auslieferung des Abgeordneten Ulitz stimmte. Dann soll die Auflösung erfolgt sein, weil Pilsudski-Anhänger einen Antrag stellten, wonach sechs Abgeordnete der polnischen Opposition ihre Mandate verlieren sollten, weil sie vor fünf Jahren (!) Orden angenommen haben. Da dieser Antrag ebenfalls abgelehnt wurde, soll jetzt der Sejm aufgelöst worden sein. Solche fadenscheinigen Gründe wußte der Wojwode noch mehrere aufzuzählen. Sie alle können die wirkliche Tatsache nicht verschleiern, daß man die Auflösung in erster Linie notwendig hatte, um den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes zu Gunsten der polnischen Außenpolitik verhaften zu können.

Die Regierung wird jetzt einige Zeit verstreichen lassen, ehe Neuwahlen zum Schlesischen Sejm vorgenommen werden. Inzwischen bearbeiten Westmarken-Verein und Aufständischen-Verband bereits die Bevölkerung, der polnische Zloty wird zur Verteilung wieder reichlich in Umlauf gebracht, und letzten Endes werden Gummiknüppel und Handgranate das übrige tun, um nach Möglichkeit Stimmen für das Pilsudskilager, für die Partei der „moralischen Sanierung" zu gewinnen. Aber das Deutschtum wird dadurch doch nicht ausgerottet werden. Am Tage nach der Neuwahl wird man auch in Warschau erkennen müssen, daß der Schlag vergebens war, daß man sich ganz unnötig vor der ganzen Welt bloßstellte, daß das Deutschtum nach wie vor eine entscheidende Rolle in Oberschlesien spielen wird. Auf der deutschen Front gibt es keine Unterschiede zwischen rechts und links, keine Unterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es gibt nur einen deutschen Kampfwillen, und auch der sozialistische „Volkswille" sagt heute am Schlusse eines längeren Artikels: „Niemals wird man uns lebendig von unserer Muttererde verdrängen. Wir sind deutsch und werden deutsch bleiben, wir werden für unsere kulturelle und nationale Befreiung kämpfen, wie es die polnische Nation in der Vergangenheit getan hat."

*

Haftentlassung des Abg. Ulitz abgelehnt.

× Kattowitz, 17. Febr. Der zuständige Untersuchungsrichter hat den Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Ulitz gegen Sicherheitsleistung abgelehnt. Die polnische Presse wendet sich heute sehr scharf gegen die Wünsche der reichsdeutschen Presse, die fordert der Völkerbund möge einen Spezialdelegierten nach Ostoberschlesien zur Untersuchung der deutschen Minderheitsverhältnisse entsenden. Die polnische Presse betrachtet die Entsendung eines solchen Delegierten als eine schwere Verletzung der polnischen Staatsautorität, betont jedoch, daß es etwas anders wäre, wenn die polnische Regierung selbst an den Völkerbund ein derartiges Ersuchen stellen würde.

Bedarf das preußische Konkordat der Zustimmung des Reiches?

Ein liberaler Fehlschuß.

In den „Berliner Stimmen", dem parteiamtlichen Organ der Deutschen Volkspartei, wird ein neuer Vorstoß gegen den Abschluß des preußischen Konkordates unternommen. Durch eine verfassungsrechtliche Fehlkonstruktion wird dort aus der Wiederherstellung der weltlichen Souveränität des Papstes, aus der Erklärung der „Stadt des Vatikan" zum Kirchenstaat, die Folgerung gezogen, daß jetzt das „Preußenkonkordat nicht mehr möglich" sei, daß jetzt nur noch ein Vertrag des Reichs mit dem Hl. Stuhl oder wenigstens kein Vertrag Preußens ohne Zustimmung des Reichs in Frage kommen könne. Man spürt den Triumph der liberalen Seele, wenn man in der genannten Wochenschrift folgendes liest:

Durch die zwischen dem päpstlichen Stuhl in Italien abgeschlossenen Verträge ist dem Papst wieder volle Souveränität zugestanden worden. Diese Tatsache wird auch die inneren deutschen Verhältnisse beeinflussen. Durch die neue Sachlage wird nämlich gemäß Artikel 78 der Reichsverfassung ein selbständiges Konkordat zwischen Preußen und dem Hl. Stuhl zur Unmöglichkeit. Nach Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung ist die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches. Im zweiten Absatz heißt es weiter, daß in Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, die Länder zwar mit auswärtigen Staaten Verträge schließen, diese Verträge aber der Zustimmung des Reiches bedürfen. Wenn es bisher möglich war, daß die deutschen Länder mit dem Papst in den üblichen diplomatischen Formen Beziehungen pflegen konnten und sogar Verträge abschließen durften, so lag der Grund darin, daß der päpstliche Stuhl kein Staat im Sinne der deutschen Verfassung war. Ihr zufolge, aber auch nach internationaler, völkerrechtlich anerkannter Ansicht, müssen zum Vorliegen eines Staats drei Erfordernisse erfüllt sein: Staatsorganisation, Staatsvolk und Staatsgebiet. Wenigstens das letztere hat aber bis zum Abschluß der römischen Verträge dem päpstlichen Stuhl gefehlt. Infolgedessen ließen sich aus Artikel 78 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung bisher keine Bedenken herleiten, daß die deutschen Länder mit dem Papst Verträge abschlossen, die allerdings auch bisher der Verfassung und Gesetzen des Reiches nicht widersprechen durften. Das Verhältnis zwischen einem deutschen Lande und der Kirche konnte also bisher durch ein Landeskonkordat nur insoweit geregelt werden, solange es nicht bereits reichsgesetzlich geregelt war. Infolge der Souveränitätserklärung des Papstes durch den Vertrag zwischen ihm und Italien, durch den der Papst wieder ein eigenes Gebiet erhält, fallen aber diese Rechte der deutschen Länder nunmehr fort. Der Hl. Stuhl ist wieder ein Staat. Er hat also jetzt das Recht, das insbesondere in dem Konvertrage noch besonders unterstrichen worden ist, rechtsgültige internationale Verträge einzugehen. Selbstverständlich tritt dann aber Artikel 78 der Reichsverfassung in voller Wirkung ihm gegenüber in Kraft. Die Beziehungen und Verträge mit ihm werden ausschließlich durch das Reich geregelt, und Abmachungen, die zwar gesetzlich den Ländern zustehen, bedürfen zur Gültigkeit der Zustimmung des Reiches, mit anderen Worten: das entscheidende Schwergewicht in allen Konkordatsfragen wird aus den einzelnen Landtagen in den Reichstag verlegt.

Von Berlin wird hierzu gemeldet, daß die zuständigen amtlichen Stellen damit beschäftigt seien, den in den „Berliner Stimmen" herausgestellten Gesichtspunkt einer ernsten juristischen Prüfung zu unterziehen. Dem Ergebnis dieser Prüfung sehen wir in Gemütsruhe entgegen. Denn es kann gar kein Zweifel daran sein, daß es anders ausfallen wird, als der Verfasser des Artikels in dem volksparteilichen Organ wünscht. Er schenkt, das sei zunächst zu seinen Ausführungen gesagt, dem Absatz 2 des Artikels 78 der Reichsverfassung viel zu wenig Beachtung. Wörtlich lautet dieser Absatz: „In Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, können die Länder mit auswärtigen Staaten Verträge schließen. Die Verträge bedürfen der Zustimmung des Reichstages." Zu den Aufgaben der Länder gehört aber die Betreuung aller kulturellen Aufgaben. Ein Konkordat umfaßt in der Hauptsache Angelegenheiten, die das moralische und kulturelle Gebiet berühren. Und der angesehene Kommentator der Reichsverfassung Professor Anschütz rechnet zu den Verträgen, die die Länder abschließen können, ausdrücklich auch die Konkordate. Die in Rom abgeschlossenen Verträge würden demnach nach der Reichsverfassung kein Hindernis sein können für den Abschluß von Länderkonkordaten. Sie könnten höchstens der Zustimmung des Reiches bedürfen. Aber Anschütz sagt ausdrücklich, daß die Reichszustimmung für Konkordate nicht notwendig sei. Wörtlich heißt es hierüber in seinem Kommentar zu den beiden ersten Absätzen des Artikels 78:

„In dem Recht der Länder, mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche zu verkehren ist auch das Vertragsschließungsrecht enthalten. Bedenken hiergegen lassen sich weder aus Abs. 1 und 2 noch aus sonstigen Gründen herleiten, denn die katholische Kirche ist weder ein „auswärtiger Staat" noch überhaupt ein Staat. Es steht daher den Ländern zu, Vereinbarungen, rechtsgeschäftliche (Verträge im engeren Sinne) und rechtssetzende (Konkordate) mit der Kirche und ihrem Oberhaupt abzuschließen, und diese Vereinbarungen bedürfen, da Abs. 2 sich ja auf sie nicht bezieht, der hier vorgesehenen Zustimmung des Reichs nicht."

Mit Anschütz stimmen hierin auch noch andere Juristen wie Giese und Heckel überein. Außerdem wurde dieser Standpunkt durch Staatssekretär Zweigert in einer im Namen der Reichsregierung abgegebenen Erklärung zum bayrischen Konkordat im Reichstag am 17. Juni 1925 vertreten, und der angesehene Rechtsgelehrte und volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Kahl schloß sich dieser Auffassung an.

In den „Berliner Stimmen" wird nun aber das Schwergewicht darauf gelegt, daß der Papst jetzt wieder einen regelrechten Staat habe. Aber dieser Staat ist nicht die katholische Kirche, und ein Konkordat wird mit dem Papst nicht in seiner Eigenschaft als Souverän des Kirchenstaates, sondern als Oberhaupt der katholischen Kirche abgeschlossen. Der wieder hergestellte kleine Kirchenstaat ist lediglich eine Garantie für die persönliche Unverletzlichkeit des Papstes und die Unabhängigkeit der internationalen Beziehungen der Kurie, während die Beziehungen geistlicher Natur zwischen dem Papste und den Gläubigen sich wie bisher auf übernationaler Basis bewegen. Die Stellung des Papstes als geistliches Oberhaupt einer Weltkirche kann durch den Charakter eines Territorialfürsten keinen Abbruch und keine Einschränkung erleiden. Dieser Auffassung schließt sich bemerkenswerter Weise auch das führende volksparteiliche Blatt, die „Kölnische Zeitung", an. Sie rückt ganz eindeutig von der in den „Berliner Stimmen" vertretenen Ansicht ab, indem sie schreibt:

„Das Blatt (die „Berliner Stimmen") verwechselt auf Grund der jetzt abgeschlossenen Verträge zwischen dem Vatikan und Italien die beiden Eigenschaften, die dem Papst zurzeit zu eigen sind, nämlich seine Stellung als Oberhaupt der katholischen Kirche und als Souverän des Kirchenstaats. In dem früheren preußischen Staat gab es eine solche Doppelstellung des Königs, der sowohl König von Preußen als auch summus episcopus der preußischen Landeskirche war. Sobald es galt, Angelegenheiten der protestantischen Landeskirche zu ordnen und Verträge mit der preußischen Regierung abzuschließen, fungierte der König von Preußen nicht in dieser Eigenschaft, sondern als summus episcopus der ihm unterstehenden Landeskirche. In dem vorliegenden Fall liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Das Konkordat soll, wenn es überhaupt zustande kommt, nicht mit dem Papst als Herrscher des Kirchenstaats, sondern mit dem Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche abgeschlossen werden. Es handelt sich also nicht um einen Vertrag, den Preußen mit einem auswärtigen Staat zu schließen hätte, und damit entfällt auch die Notwendigkeit einer Genehmigung eines Konkordats durch das Reich."

So kann man abschließend feststellen, daß der in dem parteiamtlichen Organ der Deutschen Volkspartei unternommene Vorstoß gegen das preußische Konkordat einen zwar nicht ohne Raffinesse ausgeklügelten, aber doch durchaus untauglichen und fehlgehenden Versuch darstellt, dem Abschluß des preußischen Konkordates neue Steine in den Weg zu legen.

Ein Appell gegen die Großstädte an den Staatsrat.

+ **Bottrop**, 17. Febr. Die Arbeitsgemeinschaft der mittleren Gemeinden, die sich wegen der Neugliederung der Gemeindegrenzen im Ruhr-Emscher-Gebiet konstituiert hat und der unter Vorsitz des Verlegers Busch-Wattenscheid jetzt über 25 Mittelstädte und Gemeinden beigetreten sind, hatte auf den heutigen Sonntag den großen Ausschuß nach Bottrop einberufen. Sehr zahlreich waren Oberbürgermeister und Bürgermeister der betreffenden Gemeinden und führende Männer aus allen Erwerbszweigen erschienen. Das Ergebnis der Aussprache war die nachstehende Entschließung:

„Die unterzeichnete Arbeitsgemeinschaft, die in Sachen der Umgemeindung gebildet wurde und der ca. 25 durch Großstädte bedrohte Gemeinden im Rhein-Ruhrgebiet angeschlossen sind, hält es für ihre dringende Pflicht, dem hohen preußischen Staatsrat gegenüber zum Umbildungsentwurf des preußischen Staatsministeriums grundsätzlich Stellung zu nehmen. In unserer Arbeitsgemeinschaft betätigen sich an der Verwaltung auch die berufenen Vertreter aller Stände und aller Parteien. Wir erblicken in dem Vorhaben der Großstädte eine außerordentlich krasse, wohl selten dagewesene Benachteiligung der Gemeinden und eine ebenso ungerechte einseitige Bevorzugung weniger Großstädte. So hat denn das schon seit langen Jahren getätigte Vorgehen der Großstädte, die Nachbargemeinden zu vernichten, bei der Gesamtbevölkerung der davon betroffenen Gemeindewesen Unwillen und Erbitterung hervorgerufen, die unbeschreiblich sind. Die bisher den Mittelstädten und Gemeinden durch Bevorzugung der Großstädte zugefügten Schäden wirtschaftlicher und kultureller Art müssen nunmehr wieder ausgeglichen werden durch eine umgehende Verstärkung und Pflege dieser kommunalen Gebilde. Nicht die Großstädte bedürfen der Verstärkung, sondern die Mittelgemeinden. Vor dem Gesetz und den Gesetzgebern sind nach Artikel 109 der Reichsverfassung alle gleich. Das bezieht sich auch auf die juristischen Personen, die unsere Gemeinden sind. Es ist daher durchaus ungerecht und verstößt gegen Treu und Glauben und gegen die Reichsverfassung, wenn die Großstädte in der von ihnen geforderten Weise bevorzugt werden. Dies umsomehr, als die Großstädte von Rheinland und Westfalen seit vielen Jahren schon durch mehrfache Eingemeindungen außerordentlich bevorzugt worden sind und das auf diese Weise gewonnene, welches nicht immer eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit darstellt, selbst in absehbarer Zeit nicht zum Ausbau bringen können. Jetzt neue Zugemeindungen „zum Besten dieser Großstädte" vorzunehmen, ist mithin unangebracht und nicht einmal zum Besten der Großstädte, sondern zu ihrem eigenen Nachteil. Die Verwaltung wird nicht, wie es diese Großstädte behaupten, durch immer neue Umgemeindungen verbilligt, sondern erschwert und verteuert. (Vergleiche Vortrag des Ministerialrats Suren auf dem preußischen Landgemeindetag West am 23. 1. 1929 in Berlin, abgedruckt in der „Preußischen Gemeindezeitung" vom 1. 2. 1929). Den Umgemeindungsbestrebungen der Großstädte ist Zeit entgegenzustellen und nunmehr dazu überzugehen, endlich die Wünsche der Mittelstädte und kleinen und Mittelgemeinden zu erfüllen. Es wäre ein ungeheures Unrecht, die von mehreren Generationen geschaffene und in Staatstreue und Pflichterfüllung aufgebauten Werte in den Mittelstädten und Mittelgemeinden diesen letzten zu nehmen und sie gegen ihren Willen durch ein Diktat den Großstädten zuzuführen. Das Verlangen der Großstädte ist so weitgreifend und trifft so viele Gemeinden, daß dadurch das Allgemeininteresse in einem Gebiet von wenigstens drei Millionen Menschen in vollständig ungerechter Weise aufs schwerste verletzt werden würde. Wir können nicht auf die Einzelforderungen der uns angeschlossenen Gemeinden eingehen und verweisen auf ihre überzeugenden und als berechtigt nachgewiesenen Eingemeindungswünsche, wie sie in den jeweiligen Denkschriften der Verwaltungen dargestellt sind. Wir fordern Parität für alle kommunalen Bildungen. In letzter Stunde und in ernster Sorge um das Wohl unserer Heimat richten wir an den hohen Staatsrat im Vertrauen auf seinen Gerechtigkeitssinn diese unsere vorstehenden Darlegungen."

Ferner wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Unsere Arbeitsgemeinschaft hält es mit Rücksicht auf die vielfach ins Stocken geratenen kommunalen Aufgaben und damit wieder Ruhe einkehrt, für dringend erforderlich, daß alle kommunalen Neugliederungen in dem vorliegenden Gesetz erledigt werden."

Die Verhaftung ungarischer Kommunisten in Berlin.

:: **Budapest**, 16. Febr. Im Zusammenhang mit der in Berlin veranstalteten Razzia gegen ungarische Kommunisten wird aus hiesigen Polizeikreisen mitgeteilt, daß nach der seinerzeit erfolgten Verhaftung des ehemaligen ungarischen Volkskommissars Bela Khun in Wien der dortige Sitz der bolschewistischen Zentralorganisation für Mitteleuropa nach Berlin in ein Haus der Kommandantenstraße verlegt worden war. Die politische Abteilung der Budapester Oberstadthauptmannschaft war von der Berliner Polizeidirektion schon vor längerer Zeit davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die ungarischen Emigranten nach Berlin gekommen sind und dort geheime Zusammenkünfte abhalten. Nach dem vor einiger Zeit erfolgten Tod des früheren ungarischen Volksbeauftragten Dr. Eugen Landler wurden die einstigen Volkskommissare Szanto und Vago zu obersten Leitern der Agitationszentrale ernannt. Der gleichfalls während der ungarischen Räteregierung in Budapest zum Volksbeauftragten für Landesverteidigung ernannte Dr. Pogany leistete Kurierdienste, indem er regelmäßig über Stettin nach Rußland fuhr. Da seinerzeit die aus Rußland stammenden Goldrubelsendungen, die für die in Wien lebenden russischen Emigranten bestimmt waren, unterschlagen worden sind, wurde der frühere ungarische Volkskommissar für Finanzwesen Lengyel mit der Kontrolle der Finanzgebarung traut. Dieser gehörte auch der Sowjetdelegation an, die im verflossenen Januar in Genf an den Beratungen des Völkerbundes teilnahm. Die in Berlin verhafteten ungarischen Emigranten hatten u. a. die Aufgabe, die tschechoslowakischen Sokolvereine und die ungarische Levente-Vereinigung zu bolschewisieren und die bolschewistische Agitation auch in die unter sozialdemokratischer Flagge wirkenden Touristen- und Esperantovereine hineinzutragen.

Immer mehr Schäden von Frost und Schnee.

Die Hilfsaktion der deutschen Linienschiffe.

Kiel, 16. Febr. Die Linienschiffe Schleswig Holstein und Elsaß, die, wie gemeldet, heute früh erneut ausgelaufen waren, um die beiden Dampfer Gottfried Poppe und Ceres aus dem Eise zu befreien, sind in der Kieler Bucht auf schwere Eisbarren gestoßen. Trotz stundenlanger Bemühungen war es den Linienschiffen nicht möglich, das schwere Packeis zu durchbrechen. Sie mußten deshalb ihre Bemühungen aufgeben und sind im Laufe des Nachmittags in den Kieler Hafen zurückgekehrt.

Nicht erfrorene Beine auftauen!

Tragische Folgen einer Gewaltkur.

)!(**Berlin**, 17. Febr. Zwei junge Mädchen aus Damerow in Mecklenburg kamen, wie die „D. A. Z." meldet, von einem Tanzvergnügen mit vollständig erstarrten Füßen nach Hause. Als die eine versuchte, ihre Füße mit heißem Wasser aufzutauen, platzten ihre Waden auf und sie starb an den Folgen ihrer vernunftlosen „Kur". Dem anderen Mädchen mußten in der Klinik zu Greifswald beide Beine amputiert werden.

Eimerweise Wasserverkauf.

)(**Hamburg**, 16. Febr. In Glückstadt war die städtische Wasserversorgung infolge des niedrigen Wasserstandes der Elbe ganz eingestellt worden. Ein Wasserwagen aus Krempe verkauft in Glückstadt das Trinkwasser zu 15 ₰ pro Eimer. Er soll angeblich gute Geschäfte machen.

Amrum vom Packeis blockiert.

Hamburg, 16. Febr. Die kleine Nordseeinsel Amrum ist seit einigen Wochen vollständig vom Packeis umringt und ohne Verbindung und Versorgung. Der Hauptort Wittdün liegt im Dunkeln, da die elektrische Beleuchtung infolge des Frostes nicht mehr in Betrieb ist. Auch andere Beleuchtungsmöglichkeiten fehlen, weil kein Leuchtöl und keine Kerzen vorhanden sind. Die Heizstoffe sind bis aufs äußerste verknappt, worunter die Kinderheime in nächster Zeit vielleicht Schaden leiden werden, nachdem ein Teil ihrer Kohlenvorräte an die Bewohner verteilt worden ist.

Die Jenaer Universität beendigt das Wintersemester.

Jena, 17. Febr. Unter dem Zwang der Knappheit an Heizmaterial hat der Rektor der Universität Jena im Einvernehmen mit dem thüringischen Volksbildungsministerium, vorbehaltlich der Zustimmung des Senats, beschlossen, den Schluß der Vorlesungen des laufenden Wintersemesters bereits auf nächsten Samstag festzusetzen.

Starke Schneeverwehungen in Ostpreußen.

Zugverspätungen bis zu vier Stunden.

+ **Königsberg**, 17. Febr. Die durch Schneeverwehungen hervorgerufenen Verkehrsstörungen auf den ostpreußischen Eisenbahnen nehmen immer größeren Umfang an. Das Schneetreiben hat noch nicht nachgelassen und macht an vielen Stellen alle Mühen, die Strecke freizulegen, gegenstandslos. Die Reichsbahn hat außer ihren sämtlichen verfügbaren Hilfskräften zahlreiche Arbeiter eingesetzt, die sich in Verbindung mit oft steckenbleibenden Schneepflügen bemühen, wenigstens für einen Teil der Züge einen Weg zu bahnen. Auf einzelnen Strecken ruht der Verkehr vollkommen. Die D-Züge von und nach Berlin sind zwar am Sonntag vormittag sämtlich durchgeführt worden, haben aber Verspätungen bis zu vier Stunden gehabt.

Das Fährschiff Saßnitz-Trelleborg im Eis stecken geblieben.

+ **Malmö**, 17. Febr. In der Nacht zu heute wütete über Südschweden ein furchtbarer Schneesturm. Der Durchgangsverkehr auf den Hauptlinien von Stockholm und Oslo wurde unterbrochen. Sämtliche D-Züge blieben einige Meilen nördlich von Malmö stecken. Das Fährschiff aus Trelleborg mußte ohne Verbindung mit dem übrigen Skandinavien abfahren. Das Fährschiff meldete später, daß es im Eise vor Rügen steckengeblieben ist.

Rußland bietet Eisbrecherhilfe an.

+ **Kowno**, 17. Febr. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung der russischen Flotte in Kronstadt den Befehl gegeben, sofort auszulaufen, um an der Rettung der im Eise festsitzenden Schiffe im Finnischen Meerbusen teilzunehmen. Das russische Kriegsschiff „Marat", das 24 000 Tonnen groß ist, hat Kronstadt bereits verlassen.

Die Sowjetregierung hat erklärt, daß, falls in deutschen Gewässern die Kälte anhalte, sie bereit sei, Eisbrecher zu entsenden, um die im Eis festsitzenden deutschen und ausländischen Schiffe zu befreien. Eine Antwort der Reichsregierung über diese russische Bereitwilligkeit liege in Moskau noch nicht vor.

Der Dampfer „Wachtel" aufgefunden.

+ **Reval**, 16. Febr. Der seit einer Woche verschollene deutsche Dampfer „Wachtel" wurde bei Odinsholm nahe der Nordwestküste Estlands aufgefunden und von dem estnischen Eisbrecher „Tasuja" nach Reval gebracht. Trotz des schweren Kampfes mit den Eismassen hat der Dampfer anscheinend nur wenig gelitten.

Kälte und Kohle in der Tschechoslowakei.

× **Prag**, 16. Febr. Nach einer Mitteilung des tschechoslowakischen Eisenbahnministeriums ist die Lage auf den tschechoslowakischen Eisenbahnstrecken nach wie vor kritisch. Die durch die Schneefälle der letzten Tage verursachten erhöhten Schwierigkeiten bestehen unvermindert fort. Das Eisenbahnministerium hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, vom Montag an 24 weitere Schnellzugslinien einzustellen. Die einzelnen Staatsbahndirektionen wurden ermächtigt, weitere Einstellungen von Personenzügen vorzunehmen. In den Eisenbahnbezirken Brünn und Olmütz dürfte der Bahnverkehr auf insgesamt 50 Prozent eingeschränkt werden. Am ärgsten liegen die Verhältnisse im Verkehrsbezirk Preßburg, wo eine vollständige Einstellung des Verkehrs zu befürchten ist.

Durch Verfügung des Schulministeriums wurde angesichts der fortdauernden Schwierigkeiten angeordnet, den Unterricht an allen Schulen vom 18.—24. Februar einzustellen.

Tauwetter in Südslawien.

:: **Wien**, 16. Febr. Die im ganzen Lande aufgehäuften Schneemassen haben infolge eines plötzlich aufgetretenen warmen Südwindes, der die Temperatur auf 12 Grad Wärme ansteigen ließ, unerwartet schnell zu schmelzen begonnen. Landstraßen, tiefergelegene Stadtteile und ganze Dörfer stehen bereits unter Wasser. Aus Mazedonien wird die gleiche Erscheinung gemeldet.

Milde Temperatur in Südspanien.

× **Madrid**, 16. Febr. Während in ganz Europa und sogar in Gegenden, deren sonst mildes Klima berühmt ist, eine außerordentliche Kälte herrscht, ist die Temperatur in den Küstenstädten Südspaniens nicht unter den Durchschnitt jeden Winters gefallen. So in Malaga, Alicante und Almeria, wo man bis 14 Grad Wärme verzeichnete.

Von Nah und Fern.

Familientragödie in Köln.

Köln, 17. Febr. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr fand der Anstreicher Heinrich Leuf seine Wohnung in Köln-Poll verschlossen. Als er sie gewaltsam öffnete, bot sich ihm ein schrecklicher Anblick. In dem mit Gas erfüllten Zimmer fand er seine 26jährige Frau und seine drei Kinder, Knaben im Alter von zwei bis sechs Jahren, tot vor. Die Frau hatte durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben und dem ihrer Kinder ein Ende gemacht.

Beraubung eines Pelzwarengeschäfts in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 17. Febr. In einem Pelzwarengeschäft der Altstadt erschien während der Mittagspause plötzlich ein junger Mann, um die Aushändigung eines Pelzes für einen gewissen Herrn Meier zu verlangen. Als sich der Pelzhändler erhob, wurde er durch einen mit Narkotikum versehenen Wattebausch betäubt, sodaß er 1½ Stunde bewußtlos am Boden lag. Bei seinem Erwachen sah er, wie mehrere Einbrecher in dem benachbarten Lager zahlreiche Skunksfelle in Koffer verpackten. Als er die Diebe zurückhalten wollte, wurde er durch einen Schuß in die linke Schulter verletzt. Die Diebe konnten dann ungehindert mit mehreren Koffern Pelze das Haus verlassen.

Selbstmord eines Berliner Kapellmeisters.

:: **Berlin**, 16. Februar. Aus noch unbekannten Gründen hat sich in seiner Wohnung der 22 Jahre alte Kapellmeister der städtischen Oper Hans Levy-Diehm erschossen. Der jugendliche Kapellmeister, der bereits selbständig die Einstudierung einer Erstaufführung geleitet hatte, und dem eine große Karriere prophezeit wurde, hat weder Bekannten noch Freunden gegenüber Selbstmordgedanken geäußert. Die Charlottenburger Kriminalpolizei hat einen versiegelten Abschiedsbrief des Toten in Verwahrung genommen, der der morgen aus Rorschach eintreffenden Mutter übergeben werden wird. Vielleicht wird das Schreiben eine Klärung des tragischen Vorfalles bringen.

Furchtbare Mordtat.

:: **Nordhausen**, 16. Februar. In Kelbra am Kyffhäuser durchschnitt der dreißigjährige Knopfmacher Breitrück im Verlaufe einer Eifersuchtsszene seiner 28jährigen Ehefrau mit dem Küchenmesser den Hals. Der Tod trat durch Verbluten ein. Der Vater des Täters, der seiner Schwiegertochter zu Hilfe kommen wollte, wurde ebenfalls verletzt. Breitrück versuchte sich selbst zu entleiben. Seine Verletzungen sind aber nicht lebensgefährlich.

Einbruch in eine italienische Bank.

— **Innsbruck**, 16. Febr. Wie die faschistische „Alpenzeitung" in Bozen berichtet, wurde in der vergangenen Nacht in die Agentur der Banca Mutua Popolare in Villa Lagarina bei Trient ein verwegener Einbruch ausgeführt. Unbekannte Diebe drangen in die Bank ein und raubten 20 000 Lire in Bargeld und Wertpapiere im Gesamtwert von 123 000 Lire.

Ein polnischer Polizeioberkommissar als Großschmuggler.

× **Kattowitz**, 17. Febr. Großes Aufsehen erregte die Verhaftung des polnischen Polizeioberkommissars Dr. Lax auf dem Bahnhof in Dziedzitz. Der Oberkommissar hatte eine Kommandierung zu einem Polizeikursus nach Wien zu umfangreichen Schmuggeleien von Oesterreich nach Polen benutzt.

Ein Krankenhaus vollständig niedergebrannt.

+ **Paris**, 16. Febr. In St. Julien (Haute-Savoie) brannte heute nacht ein Krankenhaus vollständig nieder. Die sechzig Insassen konnten rechtzeitig gerettet werden. Die Genfer Feuerwehr beteiligte sich an den Löscharbeiten.

Drei italienische Soldaten getötet.

+ **Triest**, 17. Febr. In der Nähe von Divaccia fuhr eine Lokomotive mit einem Waggon, der Lebensmittel für die Soldaten enthielt, die mit der Beseitigung des Schnees an der Eisenbahnstrecke beschäftigt waren, in eine Gruppe von Soldaten hinein. Zwei Unteroffiziere und ein Mann wurden getötet, zwei Mann verletzt.

Theaterskandal in New-York.

!! **Newyork**, 16. Febr. In einem hiesigen Theater hat die Polizei sämtliche Darsteller eines Theaterstückes wegen groben Unfugs verhaftet. Die Behörden sind mit einer Badeszene nicht einverstanden, wo einige Mädchen im Badekostüm auftreten und andere ihre Schuhe und Strümpfe ausziehen. Die Polizei erklärte aber, daß sie bei der Eröffnungsvorstellung erheblich mehr ausgezogen hätten, worauf zahlreiche Protestbriefe bei den Behörden eingegangen seien.

Der Dockbrand in Buenos-Aires.

Buenos Aires, 16. Februar. Der durch den gestrigen Riesenbrand im Dockviertel angerichtete Schaden wird auf 1½ Millionen Dollar geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch wurden bei den Löscharbeiten 14 Feuerwehrleute verletzt.

Der Heilige Stuhl und der Völkerbund.

Von unserem Genfer Korrespondenten.

•!• **Genf**, 15. Februar.

Von dem Augenblick an, da die lange besprochene Einigung zwischen Vatikan und Quirinal Tatsache ist, da durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien der Kirchenstaat wieder von neuem, wenn auch nicht im äußeren alten Umfang geschaffen und völkerrechtlich verpflichtend anerkannt ist, dürfte auch die Frage nach den künftigen Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem Völkerbund eine aktuelle politische Wichtigkeit bekommen. Bisher hat sich der Papst gegenüber der Genfer Institution i. a. ziemlich zurückgehalten. Die katholische Kirche hat, wie auch die anderen Kirchen der Welt, ihre Dienste bei den Arbeiten zur Kalenderreform zur Verfügung gestellt, — der Heilige Stuhl hat bei den Beratungen über Jugenderziehungsfragen mitgewirkt, er hat den entscheidenden Anstoß zum Rettungswerk für die hungernden Kinder Sowjetrußlands gegeben. Doch das alles bedeutet keine politische Stellungnahme. Es bedeutet nur, daß sich bisher der Vatikan gelegentlich der Institution des Völkerbundes als einer internationalen Institution bediente, als eines Mittels also.

Nun aber wird die Frage gestellt: Soll der Kirchenstaat dem Völkerbund beitreten? Kann er es überhaupt?

Der Genfer Bund gibt vor, eine Organisation zur Sicherung des Weltfriedens zu sein, und das ist eine Idee, die den höchsten katholischen Kirchenfürsten, den Lenker des Kirchenstaates auf den ersten Blick bestimmen könnte, durch seinen Beitritt zum Bund an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten. Doch diese Frage hat nicht nur ihre zwei, sondern genau besehen, sogar drei Seiten.

Einmal die juristische: Sie ist verhältnismäßig einfach, denn der neue Kirchenstaat erfüllt juristisch alle Voraussetzungen des Artikels 1, Abs. 2, des Paktes, der von Bundesmitgliedern verlangt, daß sie „volle Selbstverwaltung" haben, „vorausgesetzt, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, volle Gewähr leisten, und hinsichtlich ihrer Streitkräfte. . . die von dem Bunde festgesetzte Ordnung annehmen." An der eben feierlich anerkannten Souveränität des Kirchenstaates dürfte kein Zweifel erlaubt sein, und man würde ihm gewiß nicht, wie etwa Liechtenstein, die Geringfügigkeit seiner Bedeutung entgegengehalten, — da sich die Bedeutung eines Staates schließlich nach etwas anderem als der Größe seines Territoriums richtet. Auch daran, daß der Kirchenstaat seine internationalen Verpflichtungen, — von denen er bisher lediglich die Dokumentation seines tatsächlichen Bestehens übernommen hat, — gewissenhaft erfüllen wird, wäre nicht zu zweifeln, und auf den einzigen juristischen Einwand, daß der neue Staat, da er keine nennenswerte Armee unterhalte, bei eventuellen Bundesexekutionen keine Hilfe leisten könne, dürfte wohl kaum ein praktischer Politiker verfallen. Außerdem darf man hier auf die Antwort Lord Robert Cecils auf eine ähnliche Anfrage des norwegischen Stortings, die sich auf Norwegen bezog, verweisen, wo gesagt ist, daß unzweifelhaft der Bund mit seinen Rüstungsvorschriften keinem Mitgliede die Pflicht und Lasten neuer militärischer Rüstungen auferlegen wolle.

Eine andere Frage aber ist die praktische: Wird der Heilige Stuhl, dessen politische Macht wesentlich geistigen und moralischen Ursprungs ist und ebensolchen Zwecken dient, sich in das nicht immer erbauliche Getriebe des Palais des Nations begeben? Wird er Wert darauf legen, nun in der Vollversammlung einer der vielen 56 Staaten zu sein. Wird es auf der andern Seite möglich sein, dem Kirchenstaat einen ständigen Sitz im Rate, der ihm nach der geistigen Macht, die er darstellt, unweigerlich zustände, — zu geben?

Und hier berührt sich die praktische mit der rein ideellen Seite der Sache: Wäre der Genfer Bund wirklich lediglich ein Mittel zur Sicherung des Weltfriedens, so gehörte der Leiter des Kirchenstaates, dem sicher an der Erhaltung dieses Friedens uneigennützig und wahrhaft aufrichtig gelegen ist, an die Spitze dieser Institution. Er würde ihr einen wirklichen Sinn geben und dabei die Sicherheit einer steten, von unwandelbaren Ideen geleiteten Politik. Aber es braucht nicht erst einer langen Auseinandersetzung, um zu zeigen, daß eine solche Lösung der Frage bei der heutigen Konstruktion des Bundes, oder, was praktisch dasselbe ist, bei der heutigen Zusammensetzung der europäischen Regierungen, unmöglich ist. . . . Denn der Völkerbund ist ja keine selbstlose Schutzwehr gegen den Krieg, sondern ein neuartiges Bündnissystem.

Man wird also sagen können, daß sich in der künftigen Haltung des Kirchenstaates in dieser Frage auch eine politische Einstellung zum Genfer Bund kundtun wird, und darin dürfte eine schwerwiegende moralische Entscheidung für das Prestige dieser Institution liegen.

Praktisch liegen die Dinge aber so, daß der neue Krchenstaat dem Völkerbund nicht beitritt. In der Eigenschaft als Mittler und Vermittler kann der Vatikan seine moralische Macht mit viel stärkerem Nachdruck zur Geltung bringen, als ihm das bei einfacher Mitgliedschaft möglich wäre.

*

Kein Rücktritt des Kardinalstaatssekretärs.

Rom, 16. Febr. Entgegen den im Auslande verbreiteten Gerüchten stellt „Tribuna" fest, daß Kardinalstaatssekretär Gasparri nicht die Absicht habe, von seinem Posten zurückzutreten. An anderer Stelle beschäftigt sich dasselbe Blatt mit der in der Auslandspresse aufgeworfenen Frage über die Stellung des Heiligen Stuhls zum Völkerbund nach Abschluß der Verträge mit Italien und vertritt die Ansicht, daß der Heilige Stuhl wegen seiner geistlichen Macht und wegen seiner politischen Notwendigkeiten, für die er durch seine diplomatischen Vertreter sorgen könne, es nicht nötig habe, sich mit irgendeinem anderen Staat auf dieselbe Stufe zu stellen. Dadurch, so schließt das Blatt, würde der Heilige Stuhl seine eigene Autorität nicht vermehren, sondern vermindern, und er könnte eventuell an Verpflichtungen gebunden werden, die in Europa wenig wirksam wären und in Amerika mit Mißtrauen betrachtet werden könnten.

Heute nachmittag wurde in der Kirche Ara Cöli auf dem Kapitol von Kardinal Patunelli ein feierliches Tedeum anläßlich der Aussöhnung zwischen Staat und Kirche zelebriert. Dem Dankgottesdienst wohnten der Gouverneur von Rom, Vertreter der Behörden und eine große Menschenmenge bei. Von der Kirche wehten die Trikolore, die päpstliche Flagge und die Flagge des Gouverneurs von Rom.

*

Glückwunsch der Fuldaer Bischofskonferenz an den Heiligen Vater.

Zu dem Friedensschlusse und Konkordate mit Italien hat die Fuldaer Bischofskonferenz folgendes Telegramm an den Kardinal Gasparri gesandt:

Die feierliche Ankündigung des Vertrages und Konkordates zwischen dem Heiligen Stuhle und Italien hat alle Katholiken Deutschlands mit großer Freude erfüllt. Die in den Fuldaer Konferenzen vereinigten Oberhirten entbieten dem Heiligen Stuhl ehrerbietigsten Glückwunsch zu dem mit Weisheit gefaßten hochherzigen Entschlusse mit Dank gegen Gott für die Wiederherstellung der vollen Freiheit und sichergestellten Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles. Kardinal Bertram.

*

Ein päpstlicher Sonderzug.

)(**Rom**, 16. Februar. Wie die Blätter melden, sind dem Papst Vorschläge zur Erbauung eines Eisenbahnzuges unterbreitet worden. Der Zug wird einen Kapellenwagen, einen Studierwagen, einen Empfangswagen, einen Schlafwagen für das Gefolge, einen Küchenwagen und einen Gepäckwagen haben. Die Waggons, die nach den neuesten Mustern erbaut werden, werden innen mit rotem Damast tapeziert sein. Die Sessel und die Außenseiten der Wagen zeigen das päpstliche Wappen.

Aus Westdeutschland.

Der Raub von Königsborn.

80 000 Mark wiederbeschafft.

Unna, 16. Febr. Wie die „R. W. Z." berichtet, hat der Lohngelddieb Dünisch durch einen Brief, den er an seine Frau richtete, selbst seinen Aufenthaltsort verraten. Der zuständige Kriminalkommissar hat sich daraufhin an den Ort begeben, an dem Dünisch sich aufhält. Dünisch beschuldigt in diesem Brief Zabel als Hauptschuldigen an dem Lohngelddiebstahl auf Zeche Königsborn. Zabel, der den Plan angeregt haben soll, bestreitet alles. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, hat Zabel tatsächlich den Hauptteil des gestohlenen Geldes bekommen. Es sind sichere Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß er noch irgendwo einen größeren Geldbetrag verborgen hält. Der wieder herbeigeschaffte Betrag hat sich inzwischen auf 80 000 Mark erhöht. Dünisch scheint inzwischen das Geld ausgegangen sein.

*

Ein Holzlager in Flammen.

+ **Oberhausen**, 16. Febr. In den frühen Morgenstunden des Samstags brach in dem Holzlager der Firma Grombaum in der Lipperheidstraße ein Großfeuer aus, das in dem riesigen Holzlager reiche Nahrung fand und die in der Nähe liegenden Wohnhäuser in ernste Gefahr brachte. Die schnell herbeigeeilte Feuerwehr mußte zunächst dem wild tobenden Feuer hilflos zusehen, da sämtliche Hydranten der näheren Umgebung eingefroren waren. Erst gegen 8,30 Uhr gelang es, die Wohnhäuser, die inzwischen geräumt worden waren, vor dem Ueberspringen des Feuers, das in riesigen Garben emporschoß, zu bewahren. Jedoch wurde ein Haus schwer beschädigt. Den Flammen fiel das ganze Holzlager mit dem Bürogebäude zum Opfer. Man rechnet mit einem Verlust von 250000 Mark, wovon 150 000 Mark durch Versicherung gedeckt sein sollen. Als Entstehungsursache wird angenommen, daß der Chauffeur den in dem Lager stehenden Kraftwagen in Gang setzen wollte, wobei eine Vergaser-, anschließend eine Tankexplosion erfolgte, der der Kraftwagen und das ganze Lager zum Opfer fielen.

*

= **Gladbeck**, 15. Febr. **Vergiftungen durch Kohlenoxydgas.** In der Familie des Malermeisters Mimberg wurde in der Nacht zum Sonntag die 15jährige Tochter durch Hilferufe ihres Bruders wach und fand ihre Eltern sowie den 16jährigen und den 6jährigen Bruder besinnungslos infolge Kohlenoxydgasvergiftung im Bette liegen. Zu Hilfe gerufene Nachbarn sorgten für die Ueberführung der vier durch Kohlenoxydgas Vergifteten ins Gladbecker Krankenhaus. Sonntag nachmittag waren die Eltern sowie der 6jährige Sohn noch immer besinnungslos, während die Gefahr bei dem 16jährigen Erkrankten nunmehr beseitigt ist.

„ **Gelsenkirchen-Buer**, 17. Febr. **Tod durch Gasvergiftung.** Freitag mittag wurde der Polizeiwache mitgeteilt, daß eine Anwohnerin der Kirchstraße an Gasvergiftung gestorben sei. Die betreffende Person hatte sich eingeschlossen und war zwei Tage nicht gesehen worden. Vermutlich liegt Selbstmord vor.

Osterfeld, 16. Febr. **Hände und Füße erfroren.** Bei spätem Nachhausekommen mußte ein an der Steinbrinkstraße wohnender Bergmann die üble Feststellung machen, daß er seinen Hausschlüssel einzustecken vergessen hatte. Kurz entschlossen setzte er sich trotz der grimmigen Kälte nieder und schlief ein. Einige Zeit später wurde er durch heftige Schmerzen an Händen und Füßen wach. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo festgestellt wurde, daß dem Mann beide Füße durch Frost arg mitgenommen und beide Hände vollständig erfroren waren. Vielleicht muß er jetzt seinen Leichtsinn mit einigen Gliedmaßen teuer bezahlen.

Wanne-Eickel, 16. Febr. **Ein hartnäckiger Selbstmörder.** Hier erregte auf der Hauptverkehrsstraße ein hartnäckiger Selbstmordkandidat großes Aufsehen. Zunächst stürzte er sich aus einem Fenster des ersten Stockwerks auf die Straße, blieb aber wie durch ein Wunder unverletzt. Er erhob sich wieder und versuchte nunmehr sich unter eine Straßenbahn zu werfen. Er konnte jedoch noch zeitig genug zurückgerissen werden und wurde seiner Wohnung zugeführt.

+ **Essen**, 16 Febr. **Neue Gasvergiftungen durch Rohrbruch.** In der Heideschule in Oberhausen erlitten die Frau und die vier Kinder, sowie ein zu Besuch weilender Verwandter des Schuldieners in der im Erdgeschoß liegenden Dienstwohnung eine Gasvergiftung, die, wenn auch Lebensgefahr nicht vorliegt, ihre Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machte. Wie festgestellt wurde, ist ein vor dem Hause vorbeiführendes Gasrohr schon vor mehreren Tagen gebrochen und das Gas durch die Kellerräume allmählich in die Wohnung eingedrungen.

Ruhrort, 16. Febr. **Packeis in einer Stärke bis 1½ Meter.** Die meisten Nebenflüsse des Rheins sind schon seit einigen Tagen zugefroren. Dieser allgemeinen Flußerstarrung hat sich jetzt auch die Ruhr angeschlossen. Auch die starke Strömung ihres Unterlaufs hat das Ansetzen der Eisschollen nicht aufzuhalten vermocht. Die Versuche, mit einem Eisbrecher in Gestalt eines starken Motorschleppers wenigstens den Unterlauf der Ruhr offen zu halten, hat man wegen ihrer Aussichtslosigkeit aufgegeben. Die Spuren, die der Eisbrecher zog, sind an dem neuen Eis deutlich erkennbar. Auch in den Ruhrorter Häfen hat man wenigstens eine Rinne offen zu halten gesucht. Wie schon früher die einzelnen noch fahrenden Schiffe, so schoben auch die Eisbrecher die Eisschollen über- und untereinander. Da sie schnell zusammenfroren, weist das Packeis Stärken bis zu anderthalb Meter auf

Duisburg, 16. Febr. **Ein übermütiger Klettermaxe erwischt.** Seit Wochen wurde die Duisburger Bevölkerung von einem Einsteigedieb in größte Beunruhigung versetzt, der als Spezialität das Hochklettern an den Hinterfronten der Gebäude betrieb. An Geld- und Wertsachen hat er bei seinen vielen Einbrüchen für rund 50 000 Mark erbeutet. Dabei ließ er nie eine Spur seiner Tätigkeit zurück und hütete sich vor jedem Fingerabdruck. Immer frecher wurde sein Vorgehen, und als man im Stadtverordnetenparlament ein schärferes Vorgehen gegen ihn beschloß, stieg er beim Dezernenten der städtischen Polizei, Bürgermeister Dr. Maiweg, ein. Immer dreister geworden, kam ihm die Polizei endlich auf die Spur und konnte eine ganze Diebes- und Hehlerbande heute mit einem Schlage verhaften. Damit war auch das Geheimnis aufgeklärt, daß der angebliche Klettermaxe kurz hintereinander an verschiedenen Stellen der Stadt sein konnte, und deswegen nicht erwischt wurde, weil der Täter sich immer mit einer Anzahl Spähern umgab. Von dreißig Diebstählen konnten der Bande bisher fünfzehn nachgewiesen werden.

▲ **Duisburg**, 16. Febr. **Eine Diebesbande festgenommen.** Der Kriminalpolizei ist es gelungen, eine größere Diebes- und Hehlerbande festzunehmen. Die Diebe haben in den letzten Monaten nicht weniger als etwa 30 größere Diebstähle ausgeführt. Wahrscheinlich zählen hierzu auch viele Diebesfahrten, die den sogenannten Duisburger Fassadenkletterern zugemutet wurden. Es ist zu hoffen, daß mit der Festnahme dieser Bande der Diebstahlsschrecken in Duisburg und Umgebung nunmehr eine Begrenzung erfährt.

Düsseldorf, 16. Febr. **Noch keine Spur.** Zu den beiden Mordtaten Ohlinger und Scheer erfahren wir von der Pressestelle des Polizeipräsidiums, daß alle vom Publikum eingegangenen Meldungen im Einvernehmen mit dem aus Berlin hier weilenden Spezialisten umgehend geprüft worden sind. Bis heute ist aber noch keine Spur des Mörders gefunden worden. Die Polizei fahndet nun noch eifrig nach dem Besitzer eines vierrädrigen Kastenhandwagens, der am 9. d M. auf der einsamen Straße nahe der Mordstelle beobachtet wurde. Wenn auch nicht einwandfrei erwiesen ist, daß dieser Wagenbesitzer mit der Mordtat in Verbindung steht, so ist der Polizei sehr viel an seiner Ermittlung gelegen, da das Benehmen des Wagenbesitzers ziemlich eigenartig und der Wagen mit Tannenreisern bedeckt war.

Köln, 16. Febr. **Wo steckt der glückliche Gewinner?** Der dritte Hauptgewinn der 6. Volkswohl-Lotterie, die vom 9. bis 15. Februar gezogen hat, fiel auf die Nummer 672 577 im Betrag von 20 000 Mark. Der Gewinner hat sich noch nicht gemeldet.

Köln, 17. Febr. **Jugendliche Scheckfälscher.** Zwei 18jährige Burschen hatten einen Scheck über 14 300 Mark gefälscht, das Geld abgehoben und waren damit nach Trier gefahren. Von hier aus kehrte der, der den größten Teil des Geldes an sich genommen hatte, heimlich nach Köln zurück. Der andere fuhr darauf ebenfalls heim, übergab einem dritten Burschen 2000 Mark und flüchtete nach Amsterdam. Bei seiner Verhaftung hatte er nur noch wenige hundert Mark bei sich. Der dritte, der behauptete, nur 1300 Mark erhalten zu haben, will davon 1000 Mark nach Amsterdam gesandt, den Rest aber verloren haben, sodaß bei ihm überhaupt nichts gefunden wurde. Die Burschen logen überhaupt wild drauf los. Ueber den Verbleib von mindestens 8000 Mark, die wohl versteckt worden sind, war nichts zu ermitteln.

Wülfrath, 16. Febr. **Die Ohrmuschel abgebrochen.** Ein hiesiger junger Mann versuchte sein in der Kälte gefrorenes Ohr durch Reiben mit der Hand wieder zu erwärmen. Als Folge seiner Bemühungen brach, wie berichtet wird, die völlig steif gefrorene Ohrmuschel ab.

Bonn, 16. Febr. **Ein Fastnachtsscherz, der den Tod brachte.** Im Bonner Rosenmontagszug ging auch ein Mann mit unbekleidetem Oberkörper. Er hat ohne Wissen und Auftrag der Zugleitung einen vom Finanzamt Ausgeplünderten darstellen wollen. Der Mann hat bei der grimmigen Kälte eine doppelseitige Lungenentzündung davongetragen und ist an deren Folgen gestorben.

Bingerbrück, 16. Febr. **Ein Eisenbahnunfall verhütet.** Auf der Nahe-Bahnstrecke wurde durch die Geistesgegenwart eines Lokomotivführers ein Eisenbahnunfall verhütet. Dieser, der den Pariser Mittagsschnellzug fuhr, entdeckte hinter Langenlonsheim, daß an der zweiten Lokomotive ein Radkranz abgesprungen war. Er brachte den Zug sofort zum Stehen Von einer Ersatzlokomotive wurde dieser dann in den Bahnhof Langenlonsheim zurückgefahren, wo eine Auswechselung der Maschinen erfolgte. Nach kurzer Verspätung setzte der Schnellzug seine Weiterfahrt fort.

Koblenz, 17. Febr. **Der Laacher See vollkommen zugefroren.** Der Laacher See ist in seiner ganzen Ausdehnung von rund 1500 Morgen zugefroren. Spiegelglatt und kristallklar ist die Eisfläche bei einer durchschnittlichen Dicke von 65 Zentimetern. Gerade in diesen Tagen gibt die Durchsichtigkeit des Eises, das einen überwältigenden Blick in die gewaltige Tiefe des Maars gestattet, dem See einen ganz besonderen Reiz. Vielleicht in Jahrzehnten bietet die Natur ein Gleiches nicht mehr. Kein Wunder ist es deshalb, daß aus nah und fern die Freunde des Schlittschuhsports herbeieilen, um diesen auf dem gewaltigen Kratersee zu pflegen, dessen bewaldete Bergumsäumung ein idealer Schutz gegen die Rauheit des Eifelföhns ist. Die Möglichkeit des Schlittschuhlaufens auf dem größten aller Eifelgewässer in solchem Ausmaße, wie es die heurigen abnormen Eisverhältnisse zulassen, ist ein Ereignis, das im Laufe eines ganzen Jahrhunderts nur selten beobachtet werden kann. Kohlensäure-Sprudel, die an mehreren Stellen viele Meter hoch aus der Eisdecke hervorspritzen, um in tausend Perlen, vielfach getönt durch Sonnenlicht, in der Luft zerstäuben, erhöhen das Bild von Schönheit und Majestät, das der See heute dem Naturfreund vermittelt.

Cochem, 14. Febr. **Tausende betäubter Fische.** Bei Bremm hat sich das Eis festgesetzt und schlägt eine Brücke von einem zum anderen Ufer. Seit mehreren Tagen wurden von der Obermosel her Tausende betäubter Fische angetrieben. Die Fische kommen, wenn sie einige Kilometer weitergetrieben sind, nach und nach wieder zu sich.

Aachen, 16. Febr. **Schüsse auf ein Schmugglerauto.** In der hiesigen Grenzgegend hat sich heute morgen in der Nähe des Ehrenfriedhofs wieder eine blutige Schmugglertragödie abgespielt. Die Zollbeamten hatten schon lange Kenntnis von den Schmuggelfahrten eines Kraftwagens, der regelmäßig in der Hauptsache Kaffee, Zigarren und Zigaretten über die Grenze schaffte. Seine Insassen waren verhältnismäßig junge Leute aus Eilendorf, bekannte Berufsschmuggler zwischen 20 und 30 Jahren. Heute morgen gegen 8 Uhr wurde der Kraftwagen gestellt. Aber ohne auf die Warnungs- und Haltezeichen der sich ihnen in den Weg stellenden Beamten zu achten, suchten die Schmuggler mit erhöhter Geschwindigkeit zu entkommen. Die Beamten waren gezwungen, von den Schußwaffen Gebrauch zu machen. Schließlich wurde der Fahrer des Kraftwagens lebensgefährlich verletzt und einer seiner Begleiter brach tödlich getroffen zusammen. Der Kraftwagen fiel in die Hände der Beamten. Seine Ladung bestand aus großen Mengen geschmuggelten Kaffees. Der lebensgefährlich Verletzte wurde einem Aachener Krankenhaus zugeführt.

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, 18. Februar.

10,15—11,10 Uhr: Schallplattenmusik (Electrolaplatten).
11,15—11,55 Uhr: Schulfunk für Volksschulen: Gewürze (Lehrender: Röser).
12,10 Uhr: Schallplattenmusik (Electrola-Platten).
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Ouvertüre zur Oper „Die Felsenmühle" — Reißiger. 2. Rote Rosen, Walzer — Lehar. 3. Melodien aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen" — Offenbach. 4. Elegie e-moll — Massenet. 5. Stimmungen von Island und Färöer, Suite — Frederiksen. Im Meer liegt eine Insel — Nach Thingvalla — Frühling im Tale — Färöerische Hochzeit. 6. a) Liebesgetändel; b) Baby spielt Soldat — Micheli. 7. Zweites Walzer-Potpourri — Robrecht. 8. a) Foxtrott — Stransky; b) Es war in Bonn am Rhein. Lied — Stipschitz.
14,30 Uhr: Funkwerbung. Ratschläge fürs Haus.
15—15,30 Uhr: Els Vordemberge: Kinderspielstunde.
16,05—16,30 Uhr: Frauenstunde: Frauenbilder (2). Antonie Hopmann: Die Künstlerin (Paula Becker-Modersohn).
16,30—17 Uhr: Charlotte Cristiann: Magie der Ferne.
17—17,20 Uhr: Geschichten von Dr. Dolittles Zirkus, erzählt von Hermann Probst.
17,20—17,45 Uhr: Für die Kleinsten: Liesl Eckardt: Kleine Bastelarbeiten.
17,45—18,30 Uhr: Vesperkonzert. Peter Bach: Lieder zur Laute unter Mitwirkung von Otto Urack (Cello), Willy Bräuer (Begleitung). 1. Lieder zur Laute: a) Ich und du (Morgenstern), b) Es führen über die Erde (Hesse), c) Hälfte des Lebens (Hölderlin), d) Die Blume, die ich mir am Fenster hege (George), e) Wiegenlied für meinen Jungen (Dehmel), f) Novaja Brotnein (Ringelnatz), g) Maitaterlied (Bierbaum). Vertonung von Peter Bach. 2. Cellosoli: a) Langsamer Satz aus der Cellosonate F-dur — R. Strauß; b) Dunkle, schöne Nacht, Fantasiestück — Urack. 3. Lieder zur Laute: a) Das Rosenband (Klopstock), b) Du bist der Garten (Wildgans), c) Frühlingsnächte (Münchhausen), d) Büllbül, die Nachtigall (Bautzner), e) Rehlein (Ringelnatz), f) Sunili (Putbus). Vertonung von Peter Bach. Flügel: Bechstein.
18,30—18,50 Uhr: Der junge Mensch. Erich Ollenhauer: Die Freizeitbewegung der deutschen Jugend.
19,15—19,35 Uhr: Lektor Beinhauer — E. M. Toca: Spanische Unterhaltung.
19,35—20 Uhr: Elternstunde: Dr. Ehrlicher, Direktor beim Provinzial-Schulkollegium Koblenz: Die höhere Schule und ihre Rechtsbeziehungen zum Elternhause.
20—20,55 Uhr: Abendmusik des Kleinen Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Eysoldt. 1. Ouvertüre zur Oper „Oberon" — Weber. 2. Rosenkavalier, Walzer — R. Strauß. 3. Melodien aus der Oper „Pique Dame" — Tschaikowski. 4. Serenade — Tarenghi. 5. Erste kleine Suite — Micheli. 6. Ungarische Tänze — Brahms.
21—22,30 Uhr: Cembalokonzert. Mitwirkende: Anna Linde (Cembalo), Adelheid La Roche (Sopran), Anton Schoenmaker (Violine), Alwin Hesse (Flöte). 1. Trio e-moll für Flöte, Violine und Cembalo — Händel. 2 Zwei Arien für Sopran und Cembalo. 3. Französische Suite, E-dur für Cembalo-Solo (Tanz-Suite) — Bach. Allemande — Courante — Sarabande — Gavotte — Polonaise — Bourrée — Gigue. 4. Sonate G-dur für Cembalo und Violine — Haydn. 5. Sonate (Tempo di ballo) für Cembalosolo — Scarlatti. 6. Fünf Lieder für Sopran und Cembalo: a) Glück, b) Einsamkeit, c) Ohnesorge — Telemann; d) Ständchen — Haydn; e) Wiegenlied — Flies.
Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht
Anschließend: Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt.
Anschließend bis 24 Uhr: Konzert-Uebertragung aus dem Hotel zur Post, Elberfeld. Kapelle: Clemens Spindler.

Gewinnauszug
5. Klasse 32. Preußisch-Süddeutsche (258. Preuß.) Klassen-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

8. Ziehungstag — 16. Februar 1929

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 220733
2 Gewinne zu 5000 M. 90502
20 Gewinne zu 3000 M. 6677 107918 159696 201131 213843 226488 311410 334072 345932 386077
10 Gewinne zu 2000 M. 47631 123680 177575 179399 220140
30 Gewinne zu 1000 M. 4989 35953 37753 43664 146277 150062 152985 154236 176142 189696 275884 319433 340828 344672 392251
78 Gewinne zu 500 M. 3669 7917 36718 40734 48091 57399 60981 77152 77791 79866 83965 92583 96114 102692 114261 115227 120052 132740 147672 152852 154497 156138 167918 171031 190586 220878 221213 231769 236944 239451 256282 264456 266661 273425 288248 288441 361266 368016 381741
256 Gewinne zu 300 M. 5360 11781 17942 18536 19299 21581 23299 31582 32692 34607 39365 42277 44030 44982 46259 47465 49770 52053 58533 63934 69754 70521 72080 72249 73545 73692 80488 90562 92588 96306 98477 97998 98198 101382 101586 102410 104655 108568 111766 113756 115546 116130 120649 128286 137094 137744 137823 141466 141656 142415 145563 153041 154848 157947 164766 167168 169683 172779 180411 186286 186432 188168 192309 198267 201700 203078 205188 205555 213450 220869 221665 225372 226301 231008 237427 238080 244636 246384 252079 254230 267526 267739 269932 276726 280886 284587 298453 312460 315896 316768 321879 329467 326473 333077 333692 340306 343484 345232 346187 348198 348294 352431 356454 360720 372664 373364 378395 379105 379707 381366 382317 390291 391123 393562 394981 396648 398148 399246

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 199652
4 Gewinne zu 5000 M. 45787 281144
8 Gewinne zu 3000 M. 160818 206654 318409
16 Gewinne zu 2000 M. 46693 49701 138717 155705 236447 238200 259879 366868
90 Gewinne zu 1000 M. 7815 43267 162783 173152 210906 212230 238230 258987 335609 363294
74 Gewinne zu 500 M. 32769 60186 69634 91338 92012 127953 129337 135152 136724 137498 145898 164208 164627 165847 180412 189074 211820 213064 225083 247536 278056 278545 279521 282117 286725 308506 314099 320438 320488 330377 333199 347743 360187 362848 373523 382707 389878
172 Gewinne zu 300 M. 73 10736 17756 24884 29955 30795 31184 31550 36595 40140 40768 47365 50966 53462 55191 61752 65445 67957 68774 69963 72244 75228 84270 99147 100487 124522 131376 139079 139711 143824 145551 148151 148378 155496 162527 163386 164040 165207 172568 173838 176796 182019 186685 189020 190038 202816 209700 210937 210992 212066 234169 237846 244565 246846 251879 263579 264320 276772 279152 281886 283224 287111 288663 299560 300828 306542 307761 313048 329338 332518 339463 342854 348050 351560 351937 365893 366696 375251 375696 376472 378398 382056 383988 391842 393654 395796

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 300000 2 Gewinne zu 500000, 2 zu 300000, 2 zu 200000, 2 zu 100000, 4 zu 75000, 4 zu 50000, 6 zu 25000, 68 zu 10000, 124 zu 5000, 318 zu 3000, 576 zu 2000, 1245 zu 1000, 3350 zu 500, 8840 zu 300 Mk.

Generalversammlung der Kornbrenner Westfalens.

•:• **Münster**, 15. Februar.

Der Verband westfälischen Kornbrenner hielt hier im „Kaiserhof" seine Generalversammlung ab.

Nachdem durch die Wahl des Ausschusses am 20. Okt. der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Gutsbesitzer Hovestadt zum Vorsitzenden und das bisherige Vorstandsmitglied Wieler (Beckum) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden sind, waren Wahlen notwendig, die für die einzelnen Körperschaften des Verbandes folgendes Bild ergaben: 1. Vorstand: außer den beiden Vorsitzenden Schulze-Althoff (Ostbevern), Wormstall (Rüthen) und Honsel (Büngern bei Bocholt); 2. Ausschuß: Holtermann (Wadersloh), Druffel (Stromberg), Deter (Ahlen), Hase (Dolberg), Köster (Hüsten), Huesmann (Freckenhorst), Koetering (Sendenhorst), F. Hessling (Beckum), Brinckwirth (Metelen), Homoet (Billerbeck), Schwer (Nordwalde), Lainck-Vissing (Sendenhorst; 3. Vertrauensleute: Willenbrink (Herzfeld), Jostes (Glandorf), Nordhoff (Walstedde), Garvert (Horfeld bei Borken), Creutzkamp (Kappenberg), F. Hellmann (Hiddingsell), Schulze-Siehoff (Ellewick bei Breden) und Stockmann (Rheine), Overesch (Ennigerloh), Sprenker (Beckum).

Ueber die Sitzung des Brennerei-Ausschusses der Vereinigung der deutschen Bauernvereine berichtete Geschäftsführer Dr. Wild, indem er u. a. ausführte, was alles geschehen sei und von der Vereinigung unternommen sei, um die Rechte und Interessen der ländlichen Kornbrenner zu schützen.

Den Monolgesetz-Entschädigungsentwurf behandelte dann Direktor Römer (Düsseldorf) und erklärte, die allgemeine Ansicht gehe dahin, daß der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf ein glatter Rechtsbruch sei. Die Reichsregierung wolle danach die berechtigten Entschädigungsansprüche der Brennereiinteressenten mit 5 und 10 Prozent aufwerten in einer Zeit, da Restforderungen, mit denen diese Ansprüche verglichen werden können, bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Eine 5prozentige Aufwertung sei das allermindeste, was man von der Reichsregierung verlangen könne, und mindestens auf dieser Basis müsse eine Vergleichsregelung angestrebt werden.

Unmittelbar im Anschluß daran nahm Dr. Wild (Berlin) Stellung zur Branntweinnovelle, wobei er u. a. erklärte: Die Reichsregierung schlage jetzt im Widerspruche zu ihrer Ansicht von 1926 und trotz inzwischen eingetretener Erhöhung des Branntweinsteuersatzes eine nochmalige Erhöhung vor, daß bei einem Steuersatze von 400 RM. je Hektoliter dieser den vierfachen Betrag der Vorkriegszeit ausmachen würde. Mit der Branntweinsteuererhöhung, die das Kernstück der Branntweinnovelle ist, erhoffe die Regierung Mehreinnahmen aus dem Monopol in Höhe von etwa 60 Millionen RM. Durch andere Maßnahmen erhoffe die Reichsregierung weiterhin eine Mehreinnahme von etwa 15 Millionen RM. Alles in allem glaube die Regierung mit der Branntweinsteuererhöhung für das nächste Etatsjahr etwa 360 Millionen RM. herauszuschlagen, also etwa ein Drittel mehr als jetzt. Ob das gelinge, sei sehr zu bezweifeln, da wahrscheinlich ein scharfer Verbrauchsrückgang eintreten werde. Besser wäre es gewesen, die auf Grund einer weiteren gesunden Fortentwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erwartenden Mehreinnahmen ohne Branntweinsteuererhöhung abzuwarten. Der Regierungsentwurf zeige in sich einen starken Widerspruch: Auf der einen Seite wolle er die Einnahmen aus dem Monopol erhöhen, was nur durch eine Steigerung des Trinkweinverbrauches herbeigeführt werden könne, auf der anderen Seite aber werde der Trinkbranntweinverbrauch durch die Erhöhung des Steuersatzes erdrosselt. Hinzu komme, daß die in dem Entwurf enthaltenen Sicherungsmaßnahmen, die den Trinkbranntweinverbrauch in eine solide Verfassung bringen sollen, in parlamentarischer Hinsicht zweifelhaft erscheinen. Die Kornbranntweinbrenner begrüßen die Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, Steuerhinterziehungen aller Art, wie Schwarz- und Geheimbrennerei, Spritschiebung und Spritschmuggel, das Wasser abzugraben. Man hätte es in der Novelle bei diesen Maßnahmen bewenden lassen sollen. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine werde mit all ihrem Einflusse bestrebt sein, bei der Behandlung der Novelle in den gesetzgebenden Körperschaften die berechtigten Belange der landwirtschaftlichen Kornbrennereibetriebe nach allen Richtungen zu schützen, insbesondere aber die Erhöhung der Branntweinsteuer wirksam zu bekämpfen.

In der Aussprache, die sich sehr lebhaft gestaltete, erklärte Landwirtschaftskammerrat Dr. Wessel, die Landwirtschaftskammer sei nicht aufgefordert worden, ihre Stellung zu erklären, werde aber, wenn der Verband einen entsprechenden Entschluß fasse, in Berlin die nötigen Schritte tun, um ihm Nachdruck zu verschaffen.

Geschäftsführer Dr. Wild brachte dann folgende Entschließung ein, die von der großen Versammlung einhellig angenommen wurde:

„Die heutige überaus zahlreich besuchte Generalversammlung des Verbandes Westfälischer Kornbrenner begrüßt die in der neuen Branntweinnovelle enthaltenen Bestimmungen zur Sicherung einer soliden Verfassung des Trinkbranntweinmarktes. Mit großer Sorge verfolgen die westfälischen Kornbrenner jedoch die Absicht der Regierung, die Branntweinsteuer zu erhöhen. Die Erhöhung des Branntweinsteuersatzes über den jetzigen Stand hinaus muß die bedenklichsten wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen haben. Die Kornbrenner, deren Brennrechte jetzt schon durchschnittlich nicht mehr als zu 40 Proz. in Korn abgearbeitet werden können, würden die erhöhte Branntweinsteuer teilweise durch weiteren Rückgang des Absatzes von Kornbranntwein in Kauf nehmen müssen, teilweise dadurch, daß sie einen Teil der erhöhten Steuerlast selbst auf sich nehmen. Beides schädigt das landwirtschaftliche Kornbrennereiwesen in empfindlichster Weise. Die Funktion der Brennerei als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb wird bei geringerer Ausnutzungsmöglichkeit der Kornbrennrechte gestört. Die erhöhte Steuerlast mindert die wirtschaftliche Stoßkraft des Brennereibetriebes und verursacht und beschleunigt in vielen Betrieben bei jetzt bereits geschwundener Rentabilität den Substanzverzehr. Wenn die Regierung die Branntweinsteuererhöhung durchführt, so begeht sie denselben Fehler wie die Steuerpolitik der Nachkriegszeit, die vielfach die intensivsten Betriebe und die ernährungswirtschaftlich bedeutendsten Betriebe am meisten zur Steuer heranzieht. Abgesehen davon, daß durch die Branntweinsteuererhöhung eine Steigerung des Monopolaufkommens aller Voraussicht nach nicht erzielt wird, bedeutet die Branntweinsteuererhöhung, da das deutsche Brennereiwesen zu 80 Prozent landwirtschaftliches Nebengewerbe ist, eine einseitige Belastung der Landwirtschaft. Der Verband Westfälischer Kornbrenner fordert dringend, daß die gesetzgebenden Körperschaften die Erhöhung der Branntweinsteuer ablehnen."

Nach Erörterung weiterer akuter Berufsfragen, so vor allem der Brennereieinlager, wurde die Generalversammlung nach mehr als dreistündiger Dauer geschlossen.

Sitzung des Mittelstandsbeirates der Westfälischen Zentrumspartei.

!! **Hamm**, 16. Febr.

Am Freitag, dem 15. Februar, nachmittags, fand im hiesigen katholischen Vereinshause eine aus allen Teilen der Provinz gut besuchte Sitzung des Mittelstandsbeirates der Westfälischen Zentrumspartei statt. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Altegoer-Bochum, hieß die Erschienen herzlich willkommen, unter ihnen vor allem die Herren Oberpräsident Gronowski, Regierungspräsident Dr. Amelunxen, Landesfinanzamtsdirektor Freiherrn von Schorlemer, den Reichs- und Landtagsabg. Dr h. c. Herold sowie weitere westfälische Abgeordnete.

Die Versammlung trat zunächst in die Erörterung der Neuorganisation des Mittelstandsbeirates der Westfälischen Zentrumspartei ein. Darüber berichtete Generalsekretär Dr. Huperz. Anschließend schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Malermeister Altegoer wurde einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt. Mit der gleichen Einmütigkeit erfolgte die Wiederwahl der übrigen Vorstandsmitglieder und die Ergänzungswahl. In eingehender Weise wurde sodann zu der Bewegung der berufsständischen politischen Parteien, insonderheit der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (der Wirtschaftspartei), in Westfalen Stellung genommen.

Ueber den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftspolitischen Lage des deutschen Mittelstandes referierte Reichstagsabgeordneter Bielefeld, Recklinghausen. In seinem mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Referat zeichnete der Redner einleitend ein Bild der augenblicklichen Wirtschaftskonjunktur in Deutschland, um sich alsdann mit einer Reihe akuter Fragen deutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beschäftigen. Von ihnen seien genannt: die Handwerksnovelle, der Arbeiterschutzgesetzentwurf, der Berufsausbildungsgesetzentwurf, das Schlichtungswesen, die Wohnungsfrage sowie Probleme der Steuerpolitik.

Im Anschluß daran gab Abg. Dr. Herold einen klaren Ueberblick über die in den letzten Wochen gescheiterten Verhandlungen betreffend die Erweiterung der Reichsregierung. Er rechtfertigte die Haltung der Zentrumspartei in dieser Frage, hob die Notwendigkeit voller Einigkeit im Zentrum hervor und forderte zur weiteren freudigen Mitarbeit in der Zentrumspartei auf, die als einzige aller Parteien bislang die kulturellen Interessen des katholischen Volkes in dem erforderlichen Maße vertreten habe, letzteres auch in Zukunft tun werde, aber sich auch im vollen Umfange der berechtigten wirtschaftlichen Belange des deutschen Volkes annehme. Auch diesen Ausführungen spendete die Versammlung lebhaften Beifall. Beide Referate riefen eine ausgedehnte Aussprache hervor, an der sich namentlich die Abgeordneten beteiligten.

Soziales.

Die Bemühungen um Beilegung des Tarifstreits in der Textilindustrie.

:: **Berlin**, 16. Febr. Das auf Grund der Vereinbarungen zwischen den Parteien zur Beilegung des Tarifstreits in der Textilindustrie einzusetzende Schiedsgericht wird voraussichtlich am Mittwoch, dem 20. d. Mts. zusammentreten. Zum Vorsitzenden ist der Professor Brahn ernannt worden.

Kündigung des hessischen Metallarbeiter-Lohn- und Akkordabkommens.

)(**Frankfurt** a. M., 16. Febr. Der Verband der Metallindustriellen für Hessen und Hessen-Nassau hat an die hiesigen Metallarbeiterverbände ein Schreiben gerichtet, in dem er das Lohn- und Akkordabkommen kündigt. Die Verhandlungen sollen am

Deutsche Jugendkraft.

Tagung des Ausschusses des Gaues Münsterland

)(**Ahaus**, 17. Februar.

Am 16. und 17. Februar fand in Ahaus eine außerordentliche Tagung des Gaues Münsterland statt zusammen mit den Unterausschüssen und den Vorsitzenden und Leitern der vier Bezirke Münster, Coesfeld-Ahaus, Steinfurt-Tecklenburg und Lüdinghausen. Die Tagung begann am Samstag im Ahauser Jugendheim. Nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden, Religionslehrers Friedrichs, sprach Bezirksleiter Tilly-Münster über Zusammenarbeit zwischen D. J. K. und kath. Stammverbänden. Um eine Zusammenarbeit der einzelnen Verbände der Gesellenvereine, der Arbeitervereine, der K. K. V. und der Jünglingssodalitäten mit der Deutschen Jugendkraft zu fördern und zu beleben, plant der Gauvorstand eine Tagung sämtlicher Präsides und Bezirksleitungen des Gaues Münsterland, die Mitte März in Münster stattfinden soll. Dann wurden die einzelnen Tagungen und Veranstaltungen des Jahres 1929 besprochen. Das Hauptereignis ist zweifellos das am 27. und 28. Juni in Emsdetten stattfindende allgemeine Treffen der Münsterländer Jugendkraft.

Die Neuwahl des Gauvorstandes ergab folgendes Bild: Vorsitzender Religionslehrer Friedrichs-Münster, Leiter Turnlehrer Tilly-Münster, Spielwart für Handball Lehrer Dürschlag-Münster, Spielwart für Fußball Seichter-Münster, Gausportwart und Jugendobmann Lehrer Rösing-Telgte. Die Wahl eines Gauschwimmwartes wurde vorläufig zurückgestellt. Der verdienstvolle bisherige Gauleiter, Studienrat Dr. Siehof-Münster, mußte zu allgemeinem Bedauern seinen Posten niederlegen. Jahrelang hat Dr. Siehof die Belange des Münsterländer Gaues in der Oeffentlichkeit vertreten. Wenn er heute von der Gauleitung ausscheidet, überlastet durch andere verantwortungsvolle Posten, so werden die Jugendkraftler im weiten Gau seiner nie vergessen und ihm ein dankbares Gedenken bewahren. Zum Schluß der Abendsitzung wurde die Gauversammlung zu der Kreisausschußsitzung am 21. April geladen.

Nach einem Festgottesdienst am Sonntag morgen wurde die Tagung um 10 Uhr fortgesetzt. Die Abgrenzungen der einzelnen Bezirke änderten sich. Im Interesse der weiteren Ausdehnung des Bezirks Steinfurt-Tecklenburg wurde dieser Bezirk um einige Orte entlastet, die dem Bezirk Münster angegliedert wurden. In lebhafter Debatte wurden Werbedienst, interne Angelegenheiten und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit der katholischen Presse des Münsterlandes besprochen. Die ergiebigen Beratungen werden sich im kommenden Sommer machtvoll auswirken. Der am Sonntag nachmittag im Ahauser Jugendheim stattgefundene Riegenwettkampf der Gaue Münsterland gegen Mark endete mit einem knappen 418:417 Punktesieg des Gaues Mark. Wir kommen auf diesen Kampf noch eingehend zurück.

Handelsnachrichten.

Die amtliche Großhandelsindexziffer.

)!(**Berlin**, 16. Febr. Die auf den Stichtag des 13. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes hat sich mit 139,5 gegenüber der Vorwoche (138,9) um 0,4 vom Hundert erhöht. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,4 vom Hundert auf 134,0 (132,2) und die Indexziffer für Kolonialwaren auf 125,6 (125,5) gestiegen. Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren hat sich leicht auf 133,8 (133,7) erhöht, während diejenige für industrielle Fertigwaren mit 158,2 (158,3) weiter zurückgegangen ist.

Newyorker Baumwolle.

•:• **New York**, 16. Februar. Loco 2025; Februar 1995; März 2000; April 2003; Mai 2006—07; Juni 1988; Juli 1971—73; August 1967; September 1963; Oktober 1959; November 1962. Zufuhren in Atlantischen Häfen 1000. Zufuhren in Golf-Häfen 3000. Export nach England 24 000. Export nach dem Kontinent 15 000. Zufuhren im Innern 7000. Fracht nach Liverpool für stark gepr. Ballen 45; dito für Standard 60. Tendenz: stetig.

Verantwortlich für den Hauptteil für Politik: Chefredakteur Dr. Karl Maier, Dortmund; für Feuilleton: Joi Hom; für den provinziellen und vermischten Teil: Fritz Schumacher, Dortmund; für den allgemeinen Inseratenteil: J. Sibora, Münster i. W. Druck: „Ems" Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland G. m. b. H. Münster



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 2 Uhr, meinen innigstgeliebten Mann, unseren guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel,

Gutsbesitzer
Adolf Mußholt

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach langer, mit Geduld ertragener Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 73 Jahren.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten:

Die trauernden Angehörigen.

Gescher, Tungl. Capellen, Velen, Raesfeld, den 16. Februar 1929.

Die Beerdigung, wozu freundlichst eingeladen wird, findet statt am Mittwoch, den 20. Februar, morgens 9¼ Uhr (an der Capellen Tungloh) vom Sterbehause aus, gleich darauf das hl. Seelenamt.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, so diene diese als solche.

LADENEINRICHTUNG



STUFENTISCHE-THEKEN-VITRINEN-DEKORATIONSARTIKEL

Linoleum
für
Fußböden u. Möbel
Stragula
Bester Linoleum-Ersatz
Enorme Auswahl.
F. Krukenkamp
Bült 6. fd1023

Hypotheken
Darlehn mit und ohne Amortisation, in jeder Höhe, ohne jeden Kostenvorschuß, zu haben durch Albert Neukamp, Soest, Walburgerstr. 64. Gegr. 1903.

Ladeneinrichtungen



Verlangen Sie unverbindlichen Kostenanschlag und Vertreterbesuch.

L. H. Christenhusz
Ruf 23760 Münster i. Westf. Ruf 23760.
Fabrik u. Ausstellung: Goldstr. 1-3 (am Hörsterplatz).

Sächsische Bettfedern-
Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 48
Prov. Sachsen, Angerstr. 4
sendet Ihnen nur beste, streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen
Ferner **prima Bettinlett.**
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Neo-Ballistol-Klever-Armeeöl!
Vor dem Kriege patentiert in 34 Patentstaaten
Neben Waffenöl auch das beste Desinficiens für Mensch und Tier. Tötet sofort Bakterien und beugt deren Folgekrankheiten vor. Die Hauptkrankheiten von Rindvieh, Pferd, Hund, besonders Wunden und Verbrennungen.
Geflügel:
Diphtherie, Cholera, Kalkbeine usw. Jeder Versuch — Beweis!
Prospekt. u. Literatur gratis u. franko. In Waffenhandlungen Apotheken Drogerien und landwirtschaftl. Geschäften
Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.



Wir liefern d2112
Gleich- und Drehstrom-Motore
neu und gebraucht
Hülsbömer & Weischer, Münster i. W.
Laden Neubrückenstraße 16. Fernr. 2543) Büro, Lager u. Werkstatt Wermelingstraße 8 a

Willst du gute Wäsche tragen,
Kauf bei Jansen Hemd und Kragen.

Darlehen Hypotheken u. Baugeld. An- u. Verkauf von Hypotheken- u. Grundschuldbriefen, Erledigung sämtlicher Geldgeschäfte schnell u. diskret. Nur durch Bankk. Babst, Essen, Bornstraße 14. Handelsgerichtlich eingetragen. a11869

Statt besonderer Anzeige

Wilhelm

Unsere Elisabeth hat heute ein

Brüderchen

bekommen

Katasterdirektor Bruns und Frau

Bocholt, den 16. Februar 1929.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 5¼ Uhr, unsern lieben Bruder, Schwager, Onkel und Vetter

Johann Ramroth

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach längerer schwerer Krankheit, wohlvorbereitet durch einen frommen Lebenswandel im Alter von 43 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Angehörigen.

Ahlen (Westf.) und Dernbach (Westerwald), den 14. Februar 1929.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 19. Februar, morgens ½9 Uhr vom Sterbehause Wandmacherstiege 27 aus, statt; gleich darauf das feierliche Seelenamt in der alten Pfarrkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so möge er diese als solche betrachten.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am Freitag, den 15. Februar, abends 10 Uhr, meine innigstgeliebte, unvergeßliche, treusorgende Mutter,

Frau Wwe. von Papen
Bernhardine geb. Türich

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb infolge eines Gehirnschlages, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, im Alter von 65 Jahren.

Legden, den 15. Februar 1929.

In tiefer Trauer:

Thekla von Papen

Die Beerdigung findet statt am Dienstag den 19. Februar morgens 8½ Uhr vom Sterbehause aus, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Zwangsversteigerung

Auf Anordnung des Finanzamtes Lüdinghausen gelangen am Dienstag, den 19. Februar 1929, vormittags 11 Uhr, in Bork (Gasthof Lütke Holz) öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung:

1 Klavier, 2 Sofas, 3 Elektromotore, 1 Binder (Deutsche Werke), 1 Pferd, 2 Kühe, 1 Büfett, 1 Schreibmaschine.

Lüdinghausen, den 17. Februar 1929.

Finanzamt Lüdinghausen, Vollstreckungsdienststelle.